

Umweltengagement an der Wasserscheide

Eingekeilt zwischen großer Politik und Entwicklungszwang

Matthias Paukert

Die Umweltsituation eines Landes bildet zugleich seine soziökonomischen und politischen Realitäten ab. In Pakistan steht Umweltschutz unter den Zeichen von Bevölkerungswachstum, Urbanisierung, Entwicklungsdefiziten und den Folgen politischer Transformation.

Die Wachstumswahlen zeichnen ein positives Bild: Zwischen 2002 und 2007 wuchs das Bruttoinlandsprodukt in Pakistan um jährlich ca. sieben Prozent im Zeitraum 2002/2007. Auf den zweiten Blick werden jedoch Alarmsignale deutlich, die auf ein gefährliches Spannungsverhältnis zwischen gesellschaftlicher Entwicklung und Umwelt weisen. Die landwirtschaftliche Produktivität kann kaum mit dem Bevölkerungswachstum mithalten. Zwischen 2000 und 2006 stieg ihre Produktivität lediglich um jährlich 2,2 Prozent, doch das Wasserangebot sinkt und zwingt zu größerer Effizienz. Die pakistanische Landwirtschaft ist stark von künstlicher Bewässerung abhängig, die mit der Energiegewinnung in Konkurrenz steht. Neue Stauwehre sollen den wachsenden Strombedarf des Landes decken, der zwischen 1995 und 2005 um gut 50 Prozent stieg.

Die stark zunehmende Motorisierung – jährlich um elf Prozent – und veränderte Konsumgewohnheiten bei der städtischen Bevölkerung stellen Entscheidungsträger vor bisher unbekannte Probleme. So übersteigt die durch PKWs verursachte Luftverschmutzung nach Regierungsangaben bereits jene der USA (der Nation mit dem höchsten PKW-Bestand) – eine Entwicklung, der die Regierung mit der Förderung des Erdgasantriebs entgegentritt.

In der Situation des Wassers spiegelt sich die gesamte Umweltproblematik Pakistans: temporäre Wasserknappheit infolge ineffizienter Ressourcennut-

zung (ungenügende Entwässerung und dadurch Bodenversalzung), Gesundheitsgefährdung (Düngemittel- und Industrieabwassereintrag, mangelnde Filtertechniken), lückenhafte staatliche Aufsicht und unzureichende Informationspolitik. Verschärft wird die Situation durch schrumpfende glaziale Wasserspeicher im Himalaya-Hindukush, die als Ergebnis der Klimaerwärmung zu werten sind. Zugleich reflektiert Wasser zahlreiche politische Spaltungslinien – vom Streit über die Wasserverteilung zwischen Sindh und Punjab über die umstrittenen Staudammprojekte (Stichwort Kalabagh) bis zu finanz- und wirtschaftspolitischen Gegensätzen zwischen den Provinzen und der Zentralregierung.

Umweltbewusstsein und Umweltpolitik

Seit dem Beginn der 1990er Jahre gelingt es internationalen Umweltverbänden wie der *International Union for the Conservation of Nature* (IUCN) und dem *Worldwide Fund for Nature* (WWF) die Aufmerksamkeit der Regierung für dringende Schutzprojekte zu erlangen; beide sind inzwischen zu Partnern staatlicher Einrichtungen (etwa dem Ministerium für Wasser und Energie und der nationalen Umweltschutzbehörde EPA) avanciert und haben die offizielle Umweltpolitik mitkonzipiert. Signalprojekte, die auf bestimmte Themen fokussieren (etwa der Schutz der Feuchtgebiete im Indus-Delta oder die Bekämpfung der so genannten Vogelgrippe) zeigen anschaulich Indikatoren eines umfassenderen Umweldefekts

auf und haben sich als geeignete Methode zur Mobilisierung der Öffentlichkeit erwiesen, da Menschen ihre unmittelbare Betroffenheit wahrnehmen.

Langfristige Schwerpunkte der umweltpolitischen Tagesordnung sind unter anderem der Gewässerschutz (Eindämmung der landwirtschaftlichen Schadstoffeinträge in den Indus; Verbesserung der Trinkwasserversorgung); die Rehabilitation der Mangrovenwälder im Delta und damit der Erhalt der Küstenfischerei; und die Aufforstung der stark schrumpfenden Wälder und dadurch Überschwemmungsvorsorge. Akute Aufgaben sind unter anderem die Bekämpfung des regional um sich greifenden Geier-Sterbens (Verlust der natürlichen „Gesundheitspolizei“), das durch die massive Verwendung eines Rinderimpfstoffs ausgelöst wurde, und der Schutz des Indus-Delphins, der durch Schadstoffeintrag und Stauwehre bedroht ist.

Für gezielte Maßnahmen fehlen oft Datengrundlagen. So führt die EPA erst seit 2000 regelmäßige Schadstoffmessungen für Luft und Wasser in den Ballungszentren durch. Wenn amtliche Daten nicht verfügbar sind (im Fall des Manchhar Lake IUCN im Verbund mit örtlichen Verbänden), erheben Nichtregierungsorganisationen selbst Daten. Auch Angaben zur Bestandssituation in Biotopen stammen überwiegend von Verbänden (etwa im Rahmen des Palas-Projektes von *Birdlife* in der Nordwestgrenzprovinz). Die Zusammenarbeit mit vor Ort ansässigen Mitarbeitern erweist sich als entscheidend,

Quellen

Government of Pakistan (2007): *Economic Survey*.
IUCN (2003): *Biodiversity Action Plan for Pakistan*.
Regional Surveys of the World (2004): *South Asia*.
UNDP (1997/1998 und 2007/2008): *Human Development Report*.
World Bank (2007): *Pakistan Strategic Country Environmental Assessment* (2 vols.).
WWF Pakistan (2006): *Annual Report 2006*.

um die Verbindung von Umweltschutz und sozioökonomischer Entwicklung greifbar zu machen und wichtige ökologische Kenntnisse, die von Generation zu Generation mündlich weitergegeben werden, zu nutzen.

Die von *Birdlife* 1993 initiierte Ornithologische Gesellschaft Pakistans zeigt, wie in Zusammenarbeit mit Bürgern eine umfassende Artendatenbank entsteht und auf dieser Basis Schutz-zonen für bedrohte Vögel identifiziert werden. Die von der UNO dafür akquirierten Mittel fließen auch in Arbeitsplätze und assoziierte Entwicklungsvorhaben, die der Kommune dienen. Daß der von Sauerstoffmangel (Eutrophierung) bedrohte Manchhar See jetzt durch die Regierung des Sindh saniert wird, ist v. a. der Forschungs- und Lobbyarbeit von NGOs wie dem *Sustainable Development Policy Institute* (SDPI) zu verdanken.

Umweltschutz im Interessenwettbewerb

Der umfassende Schutz der Umwelt stößt jedoch auf Hindernisse: Eine kohärente staatliche Umweltpolitik, die erst seit 2005 vorliegt, steht noch auf schwachen institutionellen Füßen: Der verzögerte Start des *Environmental Protection Council*, des Beratungsgremiums der Regierung, und die schleppende

Umsetzung des *National Environmental Qualities Standard* signalisieren zwar einerseits das seit den 1990er Jahren wachsende Problembewusstsein, andererseits aber auch den Vorrang anderer, unmittelbar auf wirtschaftliche Entwicklung zielende Politikfelder (zum Beispiel Energiepolitik, Agrarpolitik). Umweltaspekte, die durchaus die langfristige Entwicklung der Wirtschaft betreffen, werden noch überwiegend untergeordnet behandelt. So bilanziert die Weltbank bereits einen jährlichen Schaden von zwei Milliarden US-Dollar für Pakistan, den unter anderem fehlende Klär- und Filteranlagen sowie ungenügende Umweltauflagen verursachen.

Noch ist die Zahl der professionellen Fürsprecher des Umweltschutzes in der pakistanischen Gesellschaft klein. Einige Verbände thematisieren überwiegend aktuelle soziale Brennpunkte und argumentieren häufig entlang ideologisch-politischer Strömungen. So wird zum Beispiel die Krise des Manchhar Lake (Provinz Sindh) zum Vehikel nationalistischer Parteien in der politischen Auseinandersetzung mit der Zentralregierung, welche der Bevorzugung des Punjab bezichtigt wird. Von dieser Instrumentalisierung ist besonders auch die gesamte Wasserproblematik gekennzeichnet, was eine problemorientierte Behandlung ebenso erschwert wie die sachliche Information der Bevölkerung, um deren Gunst wiederum rivalisierende Parteioorganisationen werben. Anerkannte Institute wie SDPI und das *International Water Management Institute* (IWMI) weisen dagegen mit ihren unabhängigen wissenschaftlichen Arbeiten in eine Erfolg versprechende Richtung. Hier wird Umweltschutz nicht als punktuelle Aufgabe, sondern als eine umfassendere Herausforderung begriffen, die eng mit der gesamten Entwicklung des Landes verbunden ist.

Öffentliches Bewusstsein und Umweltdialog

Pakistans Bürger zeichnen sich durch eine wache Skepsis gegenüber den Verheißungen von Politikern und Parteien

aus: öffentliche Demonstrationen gegen schlechte Energie- und Wasserversorgung (vor allem in Karachi, Lahore und Islamabad) rücken die Umweltsituation über Umwege auf die politische Tagesordnung. Bürgerinitiativen und Verbände wie CREED (*Citizens' Alliance in Reforms for Efficient and Equitable Development*) und *Green Press* (eine Journalistenvereinigung mit ökologischer Agenda) werden zu Sprachrohren einer Gesellschaft, deren effektive Partizipation nicht zuletzt an der Bildungskrise scheitert. Die Alphabetisierung und die Einschulungsquoten liegen unter dem südasiatischen Durchschnitts. Die staatlichen Aufwendungen für Bildung gehen zurück (von 2,6 Prozent des BIP 1991 auf 2,3 Prozent 2005). Im ländlichen Raum wird die erforderliche Aufklärungsarbeit durch mangelnden Zugang zu Bildung erschwert.

Die Umweltsituation steht nicht zuletzt unter dem Eindruck der politischen Transformation in Pakistan: häufige Regierungswechsel, instabile Parteien und ein politischer Diskurs, der mehr von Personalismus als von konstruktiven Parteiprogrammen zu leben scheint, kennzeichnen den Übergang des Landes von einer in vielen Bereichen autoritär geprägten Gesellschaft zu einer offeneren Staatsform, die mehr Menschen eine aktive Beteiligung und Artikulation gestattet.

Bei grenzübergreifenden Umweltthemen, wo tendenziell der Konflikt mit Indien im Wege steht, gelingt die Verständigung in Teilbereichen, etwa bei der Wetterbeobachtung. Ein ermutigendes Beispiel für die Kooperation mit Indien, China und Nepal ist das *Hydrological Cycle Observation System* (HYCOS, seit 2002), das von der UNO getragen wird. Hier wird in kleinen Schritten die Umwelt gefördert, indem die klippenreiche große Politik vorsichtig umschifft wird.

Zum Autor

Matthias Paukert, Südasien-Institut (SAI), Universität Heidelberg